

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848-48 ppbn d

Inhalt

Alwin Brück MdB, Parla-
mentarischer Staatssekre-
tär beim Bundesminister
für wirtschaftliche Zu-
sammenarbeit, zur VII-
Konferenz für Wissen-
schaft und Technologie:
Zusammenarbeit auf neuen
Wegen.

Seite 1/2

Heidemarie Wiczorek-
Zeul MdEP zum Spesenge-
baren von EG-Kommissaren:
EG nur für manchen schon
"Sozial-Union".

Seite 3/4

Renate Lepsius MdB über
die CSU-Kampagne gegen
den reformierten Para-
graphen 218: Verleumde-
risch für Frauen und
Ärzte.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 157

17. August 1979

Zusammenarbeit auf neuen Wegen

Zur Weltkonferenz der VN für Wissenschaft und Technologie

Von Alwin Brück MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für
wirtschaftliche Zusammenarbeit

Ein wichtiges Ergebnis des Nord-Süd-Dialogs der letzten Jahre ist die Erkenntnis, daß Wissenschaft und Technologie zu den Schlüsselfaktoren der Entwicklung gehören. Daher kommt der vom 20. bis 31. August in Wien stattfindenden Weltkonferenz der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung große entwicklungs-
politische Bedeutung zu. Sie soll der Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern und den Industrieländern auf diesen Gebieten neue Wege weisen.

An der Spitze des vorgeschlagenen Aktionsplans steht die Empfehlung, die Entwicklungsländer sollten sich verstärkt um die Formulierung ihrer nationalen Wissenschafts- und Technologiepolitik und um den Ausbau ihrer wissenschaftlichen und technologischen Kapazität bemühen. Die Bundesregierung ist bereit, dieses Konzept zu unterstützen. Ziel ist es dabei, die Entwicklungsländer in die Lage zu versetzen, die Möglichkeiten des Technologietransfers auszuschöpfen und für ihre wirtschaftlichen und sozialen Probleme angemessene technologische Lösungen zu finden.

Vordringliche Aufgabe ist dabei der Aufbau einer wissenschaftlichen und technologischen Infrastruktur. Zu ihr gehören unter anderem Forschungsinstitute, Technologietransferzentren, wissenschaftliche Untersuchungsdienste und technische Ausbildungsstätten. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat dieser Aufgabe gerade in den letzten Jahren Priorität eingeräumt und hierfür im Rahmen der technischen Zusammenarbeit von 1977 bis 1979 530 Millionen DM bereitgestellt. Im selben Zeitraum sind 20 Hochschulpartnerschaften mit Entwicklungsländern neu gegründet

oder erweitert worden. Die Bundesregierung finanziert darüber hinaus Stipendienprogramme, die die Fortbildung von Wissenschaftlern und Technikern aus Entwicklungsländern vorsehen.

Neben dem Aufbau der wissenschaftlichen und technologischen Infrastruktur fördert die Bundesregierung auch Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in den Entwicklungsländern, die der Lösung spezifischer Probleme, zum Beispiel der Erschließung neuer Rohstoffe, einer verbesserten Wassernutzung oder der Abfallverwertung, dienen. Es handelt sich hierbei um Modellprojekte, deren Träger Institutionen in Entwicklungsländern sind und deren Ergebnisse in lokale Produktion umgesetzt werden sollen. In der Regel arbeiten im Rahmen dieser Vorhaben ein Forschungsinstitut eines Entwicklungslandes mit einem deutschen Institut oder Unternehmen gemeinsam an technischen Neuentwicklungen. Die Bundesregierung bereitet ferner ein Programm vor, das die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern bei der Entwicklung und Verbreitung von Technologien zur Nutzung nichterschöpfbarer Energiequellen (Sonne, Wind, Biomasse) vorsieht. Auch diese projekt- und programmorientierten Aktivitäten stehen im Einklang mit einer Empfehlung des Aktionsplans, die problemorientierte Forschung in den Entwicklungsländern zu unterstützen.

Die Bundesregierung ist bemüht, zur internationalen Verbreitung wissenschaftlichen und technologischen Wissens beizutragen. Sie hat im Jahre 1978 eine Stelle eingerichtet, welche die Entwicklung und Verbreitung von Technologien fördern soll, die den Bedürfnissen der Entwicklungsländer entsprechen. Diese Stelle, die den Namen GATE (= German Appropriate Technology Exchange) trägt, hat die Aufgabe,

- einen kostenlosen Frage-Antwort-Dienst zu betreiben, der technologische Probleme identifiziert und Lösungen anbietet,
- im Auftrag der Bundesregierung technologische Modellprojekte in Entwicklungsländern zu planen und durchzuführen,
- die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen in Entwicklungsländern und Unternehmen in Industrieländern zu fördern.

Die Bundesregierung ist bereit, diesen Projekten und Programmen im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit in Zukunft eine noch höhere Priorität als bisher einzuräumen.

Die Konferenz wird einen großen Schritt nach vorn tun, wenn es ihr gelingt, Kontroversen um die Einrichtung neuer multilateraler Finanzierungssysteme und Institutionen zu vermeiden und die Diskussion auf Bereiche zu lenken, die nach Ansicht der Entwicklungsländer vorrangig sind und in denen Möglichkeiten zu konkreter Kooperation zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern bestehen.

Die Konferenz wird sich auch mit der Frage auseinandersetzen müssen, welchen Beitrag Wissenschaft und Technologie zur Deckung der Grundbedürfnisse leisten können. Vor allem aber sollte zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern Übereinstimmung darüber bestehen, daß die Konferenz nicht als ein einmaliges Ereignis angesehen werden darf. Sie sollte vielmehr wichtiger Teil einer kontinuierlichen Entwicklung sein, in deren Verlauf die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern und Industrieländern schrittweise erweitert und vertieft werden kann.

(-/17.8.1979/ks/ca)

+ + +



EG nur für manche schon "Sozial-Union"

Mehr Transparenz und Glaubwürdigkeit im EG-Finanzgebaren notwendig

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdEP

Die Daten, die die jüngste Ausgabe des "Stern" - zitiert aus dem Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes - über die sogenannten Repräsentations- und Reisekosten der EG-Kommissare nennt, sind für die europäischen Wähler unerträglich. Ich rede hier nicht einer mißgünstigen "Spesenstocherei" das Wort, die sich heimlich "an finanziellen Exzessen" aufgeilt, sondern einem verantwortlichen Finanz- und Ausgabengebaren der Europäischen Gemeinschaft. Gewiß, es ist klar, daß man in der Funktion als EG-Kommissar und auf dieser Ebene erhöhte Ausgaben bestreiten muß. Aber die vom Rechnungshof genannten, im "Stern" wiedergegebenen Zahlen, sind ungerechtfertigt hoch und geben den Vorurteilen der Bürger gegenüber der EG erst richtig Nahrung. Als Europa-Kandidatin habe ich im Wahlkampf wiederholt den Einwand von Arbeitnehmern gehört: "Die EG, die finanzieren doch nur sich selbst und praktisch bewirken sie nichts." Die EG-Kommission sollte deshalb allen Anlaß haben, selbst solche Mißstände zu beseitigen und damit auch einen Stück berechtigter Europa-Verdrossenheit der Bürger den Boden zu entziehen.

Daß es sich zum Beispiel bei den Ausgaben für Sonderflugreisen mit sogenannten "Luft-taxis" nicht um Kleckerbeträge, sondern um mehr als eine Million DM handelt, ist besonders ärgerlich für die, die im gleichen Jahr unter einer Senkung der EG-Mittel zu leiden hatten, zum Beispiel die europäischen Jugendverbände. Für ihre selbstorganisierte Arbeit insgesamt stellte die EG-Kommission in den letzten Jahren jährlich lediglich rund eine halbe Million DM zur Verfügung. Im Jahr der Europawahl schließlich wurden diese Mittel schließlich um 20 Prozent gesenkt! Wer diese finanziellen Relationen sieht, stellt fest: Nur für manche ist die EG bisher schon eine "Sozial-Union".

Die Frage der Kontrolle der Haushaltsauslagen der EG zeigt einen Bereich auf, in dem das Parlament einen wichtigen Auftrag zu erfüllen hat. Das bisherige EG-Kommissar-Gebaren ist nur ein Beispiel für die sich politisch unkontrolliert fühlende Verwaltungstätigkeit. Im Zusammenspiel zwischen dem 1975 neu geschaffenen Europäischen Rechnungshof und dem Europa-Parlament sollte die Kontrolle über die EG-Verwaltung gestärkt und damit eine Befugnis des Parlaments erweitert werden, die national selbst-



verständlich ist. Im konkreten Fall des Sonderberichts des Europäischen Rechnungshofes muß eine ausführliche Diskussion im Haushaltsausschuß, dem neugeschaffenen Haushalts-Kontrollausschuß und dem Europäischen Parlament selbst erfolgen. Schließlich soll ja auch das Europäische Parlament - auf Vorschlag des Rates - der mit der Ausführung des Haushaltsplanes beauftragten EG-Kommission die Entlastung erteilen. Damit ist dem Parlament ein Druckmittel in die Hand gegeben. Jedenfalls zeigen die genannten Zahlen, daß von "Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung" bei Repräsentations- und Reisekosten kaum die Rede sein kann.

Die Glaubwürdigkeit in finanziellen Fragen wird aber auch denen abverlangt, die die Kommission kontrollieren wollen: Solange die Bevölkerung den Eindruck hat, die Europa-Parlamentarier langten, auf "niedrigerer" Ebene - "auch ganz schön zu", steht die Kritik des Europa-Parlamentes auf schwächeren Füßen. Deshalb ist gerade von allen deutschen Europa-Parlamentariern zu fordern, daß sie gegenüber ihrer Wählerschaft die Verwendung ihrer Diäten und ihrer mit dem Mandat verbundenen Einkünfte offenlegen. Ich habe das als Jungsozialistin gefordert und werde mich als Mandatsträgerin an diese Maxime halten. Gerade für die Europäische Ebene, der oft auch unberechtigt mit Mißtrauen begegnet wird, gilt: Ein Höchstmaß an Transparenz ist notwendig.

Der Rat bleibt aufgefordert, dem Unsinn unterschiedlicher Diätenregelung für die Abgeordneten aus den unterschiedlichen EG-Ländern sobald als möglich ein Ende zu setzen. Dabei müssen die deutschen Europa-Parlamentarier bereit sein zu akzeptieren, daß europäische Integration in diesen Fragen auch Nivellierung nach unten bedeuten kann.

Von der deutschen Presse wäre zu wünschen, daß sie mit dem gleichen Umfang, in dem sie über Personen- und Finanzfragen im EG-Bereich berichtet, auch über die politischen Entwicklungen und Entscheidungen im Europa-Parlament informiert.

(-/17.8.1979/vo-he/ca)

+

+

+



Verleumderisch für Frauen und Ärzte

Die CSU-Kampagne gegen den reformierten Paragraph 218

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenpolitik der
Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Zu den neuesten Äußerungen des "CSU-Scharfmachers vom Dienst", Dr. Holzgartner, erkläre ich als sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete, die an der Strafrechtsreform des Paragraphen 218 beteiligt war, daß die gesetzliche Neuregelung der Strafrechtsreform die Legitimität der Gesetzgebung des Deutschen Bundestages hat. Sie ist auch durch das vorherige Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in ihrer Verfassungsmäßigkeit zusätzlich bestätigt. Der Vergleich einer solchen gesetzlichen Regelung mit ungesetzlichen Verbrechen der Nazizeit diffamiert die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist eine Kampfansage an den Rechtsstaat.

Ein Schwangerschaftsabbruch bleibt auch nach der Neuregelung des Strafrechts grundsätzlich strafbar. Ein Abbruch ist nur unter Berücksichtigung und beim Vorliegen bestimmter Indikatoren, die von einem Arzt festgestellt werden, der selbst den Abbruch nicht durchführen darf, straffrei. Die Unterstellung, daß eine solche Regelung mit staatlich organisiertem Mord vergleichbar sei, ist für die betroffenen Frauen und die Ärzte verleumderisch. Diese strafrechtliche Regelung garantiert Frauen und Ärzte die volle Gewissensfreiheit. Niemand wird zur Abtreibung genötigt.

Der Ausgangspunkt für die Neuregelung des Paragraphen 218 ist die altbekannte Dunkelziffer von 150.000 bis zu 300.000 Abtreibungen pro Jahr, unter Anwendung von mittelalterlichen Praktiken, die zu ernststen Gesundheitsschäden und einer Kriminalisierung von Frauen in einer existentiellen Notlage geführt haben und das werdende Leben in keiner Weise schützten. Seit der Jahrhundertwende ist uns dieses soziale Elend bekannt, von dem besonders die kleinen Leute - als Klasse - betroffen wurden. Dies waren die Tatsachen. Man schafft sie nicht dadurch aus der Welt, daß man sich auf sittliche Werte und Normen beruft. Eine erneute Tabuisierung oder



eine Rückkehr zur medizinischen Indikation, wie sie offenbar jetzt von katholischer Seite befürwortet wird, würde die Kluft zwischen dem Verhalten von Menschen und der moralischen Rigorosität von gesetzten Normen der Amtskirche nur vergrößern.

Wer das Ausmaß der Abtreibungen bedauert oder wer ihre Vornahme prinzipiell ablehnt, kann sinnvoller Weise keine Wiederherstellung des alten Rechtszustandes fordern. Nicht der Gesetzgeber hat die Problematik des Schwangerschaftsabbruches geschaffen, noch kann er diese Probleme von heute auf morgen beseitigen. Aber es geht um die Verminderung und Kontrollierbarkeit eines großen Elends: Dem Abort im Dunkeln. Diese bitter nötige Reform, wie sie die Jahr für Jahr veröffentlichten Abbruchziffern zeigen, darf jetzt nicht deshalb wiederum denunziert werden, weil es sich nunmehr um offizielle, nämlich aus der Illegalität ins Licht der Statistik gebrachte Zahlen handelt. Diese Zahlen deuten übrigens auch auf einen erheblichen Rückgang des Abbruchs hin, wenn man sie mit den früheren Schätzungen vergleicht.

Das Ziel, zu dem ich beigetragen habe, bleibt es, über die sozial begleitenden Maßnahmen und den Ausbau sozialpolitischer und familienpolitischer Gesetze, wie den Ausbau von Beratungsstellen, durch eine verantwortungsbewußte Aufklärung zu helfen, daß Kinder zur Welt kommen und unerwünschte Schwangerschaften nicht erst entstehen. Natürlich ist es leicht und besonders edel, die Welt mit abstrakten Prinzipien in Ordnung zu bringen, über die Not, Verstrickung in Ängste und Situationen, die nur Frauen erleben, aber hinwegzuschreiten. Wer dies alles nicht zur Kenntnis nehmen will, der handelt nach der Maxime: Wenn die Normen mit dem Leben nicht übereinstimmen, um so schlimmer für das Leben.

(-/17.8.1979/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

